

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



55. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 24. Juli 1917

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 84

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: „Vereinigung tariffreier Druckereien.“ — Ein gewerkschaftliches Programm für die Rückkehr zur Friedensarbeit.  
 Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht: Fürsorgestellen zur Bekämpfung der Tuberkulose. — Kein Anspruch auf Hausgeld bei Beobachtung im Krankenhaus. — Anlegung des Vermögens der Landesversicherungsanstalten für gemeinnützige Zwecke.  
 Vom Hilfsdienst: Wochenhilfe für Chefredakteure Hilfsdienstpflichtiger.  
 Korrespondenzen: Weggendorf. — Dresden. — Dresden (M.-M.).  
 Streife.  
 Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Für kriegsbeschädigte Buchdrucker. — Johannistoren im Felde. — Die Buchdrucker als Schwere- und Schwerstarbeiter. — Ferien! — Hermann Smalian f. Georg Diehl f. — Löhne der Kriegsgefangenen in Deutschland. — Steigerung der Bücherpreise. — Vertretung deutscher Interessen im Ausland. — Infinit für Zeitungshunde. — Gefährliche Lebensmittelmarken. — Zu den Mietselgerungen. — Gegen Mietselgerungen. — Generalsammlung der „Volksfürsorge“. — Köfen der Bewehrung einer amerikanischen Arbeiterfamilie. — Kriegsgewinnsteuer in England.  
 Literarisches: Die fünfzigjährige Geschichte des Allgemeinen Niederländischen Typographenbundes.  
 Abrechnung der Zentralnominalkasse i. L. für erstes Quartal 1917.

Wir lesen Ihrer geistl. Nachricht gern entgegen und zeichnen mit kollegialer Grube hochachtungsvoll  
**Vereinigung tariffreier Druckereien.**  
 Der Vorsitzende.  
 Johs. Graßmann.

Der oben erwähnte Bürgerschaftschein hat folgenden Wortlaut:

An den Arbeitsnachweis für nichtorganisierte kriegsbeschädigte Gehilfen im Buchdruckgewerbe.

Wir bestätigen Ihnen Ihr Rundschreiben vom 10. Mai d. J. Wir sind tariffrei.

Wir beschäftigen nur Nichtorganisierte. Wir verbürgen uns, daß Nichtorganisierte bei uns nicht in die Verbände getrieben werden. (Anzutreffendes durchstreichen.)

Weiter ist eine Liste beigelegt, in die die Namen der Gehilfen einzutragen sind, von denen die Firmen annehmen, daß sie nichtorganisiert sind.

Die vorstehenden Schriftstücke sind so recht ein Beweis dafür, wie von kleinen und großen Schachmachern in unserm Gewerbe der Burgfriede gewahrt wird. Eine Widerlegung des über die paritätischen Arbeitsnachweise verappten Bößsinns erübrigt sich, auch das gleiche Zeug über den Verband bedarf keiner Zurückweisung. Die Sache ist nicht ernst zu nehmen, ist gar zu deutlich auf das Geldverdienende eingestellt, obwohl es an den Objekten dazu völlig fehlt. Die Tarifinstanzen aber werden jedenfalls schleunigst Veranlassung nehmen, den der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker noch angehörenden Vorständen der Vereinigung tariffreier Druckereien aus der Tarifgemeinschaft zu entfernen, damit er seinen groben Anflug als tariffreier Prinzipal zu verüben sich abplagen kann.

E. A.

### Ein gewerkschaftliches Programm für die Rückkehr zur Friedensarbeit

Wenn unter dem wilden Kriegsstoben die ruhige Vernunft sich wieder einmal durchringt und zu stillen Denken anregt, dann drängt sich die Vermutung auf und verdichtet sich zu fester Erwartung, daß der Krieg trotz all seines mit- und nachfolgenden Elends doch auch der Schrittmacher einer neuen Zeitalterperiode zu sein hat. Es ist, als ob gerade der Krieg mit seiner gewalttätigen Bloßlegung der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge viel vermocht hat, insbesondere den unteren Volksschichten mit zwingender Deutlichkeit das Verständnis zu schärfen und uns so in ein gutes Stück im Ringen um bessere, menschenwürdige Lebensbedingungen vorwärtszubringen.

Mit dieser durch die Ereignisse späterer Jahre und Jahrzehnte noch zu beweisenden Erkenntnis wollen wir dem Gedanken einer Notwendigkeit des Krieges absolut keine Konzessionen machen. Die geradezu ungeheuerlichen und noch lange nicht zu Ende gehenden Schädigungen, die der Krieg namentlich über die breite Masse der Arbeiter häuft, sind unbeschreiblicher Natur. Ihnen gegenüber fallen die bisherigen Fortschritte, die — wohl mehr der Hof gehörend als dem eignen Triebe — der Arbeiterschaft im Kampf um die Lösung der großen sozialen Probleme zugebilligt worden sind, noch nicht groß ins Gewicht. Nun ist es für jedermann verständlich, daß diese gewaltigen Schädigungen mit dem kommenden Frieden nicht ihr Ende erreichen, sondern daß der schwarze Schatten dieses unglaublichen Weltabfalls uns jedenfalls noch Jahrzehntelang verfolgt.

Inser Streben, die sturmgepeitschten Wellen des Kriegesfrudels allmählich zu glätten und die Folgen der Kriegsschädigungen Schritt für Schritt auszugleichen, findet sichbaren Ausdruck in einer Eingabe aller Gewerkschaftsrichtungen Deutschlands und der Angehörigenverbände an Bundesrat und Reichstag. In sieben Abschnitten wird darin ein erschöpfendes Programm für den Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft entwickelt. Die aufgestellten Forderungen sind nicht nur für das Arbeiterinteresse, sondern für das ganze neu aufzubauende Wirtschaftsleben von grundlegender Bedeutung.

Das große Interesse der Arbeiter an wirtschaftlichen Aufbau bedingt größtmögliche Mitarbeit der Arbeiter-, Angestellten- und Gewerkschaftsvertreter am Reichskommisariat für Abrechnungswirtschaft. Die Verforgung der

Industrie mit Rohstoffen, die Einfuhr wichtiger Nahrungsmittel und Futtermittel, Stärkung unrer Valuta sind Hauptpunkte der zunächst erforderlichen wirtschaftlichen Maßnahmen. Die für die einzelnen Industrien gebildeten Kriegsgesellschaften sind beizubehalten und haben die Kontrolle der gesamten Ein- und Ausfuhr sowie der Verteilung der Rohstoffe usw. auszuführen. Bis zur Wiederkehr normaler Verhältnisse wird auch die Aufrechterhaltung der öffentlichen Bewirtschaftung der wichtigsten Nahrungsmittel, der Höchstpreise, Beschlagnahme und Rationierung gefordert. Im Interesse einer geordneten und ausreichenden Verforgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sind die Reichsgesetzstelle, die Zentraleinkaufsgesellschaft und die mit ihr in Verbindung stehenden Gesellschaften ebenfalls noch beizubehalten.

Der dritte, vierte und fünfte Abschnitt der umfangreichen Eingabe, die wir der Raumnahapheit wegen leider nur kurz skizzieren können, beschäftigt sich mit den wichtigsten Fragen der Arbeitsvermittlung, für die eine gezielte Regelung als notwendig erachtet wird, ferner mit der Entlastung der Hilfsdienstpflichtigen und Kriegssteilnehmer sowie mit der Regelung der Arbeitsverhältnisse und des Arbeiterschutzes. Solange das Arbeitsnachweiswesen nicht gezielte geregelt ist, soll durch die noch weiter auszubauenden Zentralauskunftsstellen ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt erreicht werden. Da anzunehmen ist, daß manche Industriezweige erst nach geraumer Zeit wieder ihre volle Tätigkeit entfalten können, ist es erforderlich, die deutsche Arbeiterschaft vor ausländischer Konkurrenz zu schützen. Für die Entlastung der Kriegssteilnehmer und Hilfsdienstpflichtigen wird die Zulassung bestimmter Grundzüge empfohlen. Der Wunsch auf schnelle Entlastung wird ja allenfalls vorherrschend sein. Es soll natürlich kein Mann länger zurückbehalten werden, wie es das dienstliche Interesse unbedingt erfordert, doch wird die Entlastung von Sacharbeitern, Verwaltungsbeamten und des Bureaupersonals sowie der Arbeitskräfte, die für die Wiederherstellung der Betriebe besonders in Frage kommen, in erster Linie erforderlich sein. Die Seeresbehörden sollen die Mannschaften in der Erlangung geeigneter Beschäftigung unterstützen, doch soll die Entlastung nicht von dem Nachweis einer Arbeitsstelle abhängig gemacht werden. Wer keine angemessene Beschäftigung zugewiesen erhält, soll Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben; auch die Familienunterstützungen sollen möglichst noch einen Monat weitergezahlt werden. Verpflichtung der Unternehmer, auf je 20 Arbeiter einen Kriegsbeschädigten einzustellen, Entlohnung nach tatsächlicher Leistung, insbesondere gleiche Maßordnungen für Gekündete und Kranke, keine Anrechnung der Rente auf den Lohn, baldmöglichste Aufhebung der Hilfsdienstpflicht, das sind weitere der gerade in diesem Abschnitt bedeutungsvollen Forderungen. Die sofortige Wiedereinstellung der im Krieg außer Kraft gesetzten Arbeiterschutzbestimmungen ist ebenso notwendig wie die Beibehaltung der im Kriege geschaffenen sozialen Einrichtungen, als: Verbot der Nacharbeit in Bäckereien und Konditoreien, Siebenuhrarbeitsloß u. a. Die durch das Hilfsdienstgesetz errichteten Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtungsstellen sind unter Entfernung der militärischen Vorgehens beizubehalten.

Der sechste Abschnitt fordert die Schaffung öffentlicher Darlehnskassen zur Unterstützung der wirtschaftlich stark geschädigten Kriegsteilnehmer sowie Aufrechterhaltung des Schuldnerrechts.

Im siebenten Abschnitt gelangen Wohnungsfragen zur Besprechung. Es wird dem Staat und den Gemeinden beschleunigte Ausschließung von Bau- und Siedelungsgelände aufgegeben.

Viele gegenüber dem in genannter Eingabe niedergelegten Programm nur kleine Auslese der hervorragenden wichtigen Forderungen, die die Arbeiterschaft zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse und zum Ausgleich der furchtbaren Kriegsschädigungen zu stellen gezwungen ist, läßt erkennen, in welchem Maße der Aufbau der Friedenswirtschaft für uns eine Lebensfrage ist. Wir betrachten es als eine Unmöglichkeit, daß die als Willenskundgebung fast sämtlicher deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände zu betrachtende Ausstellung der Forderungen für die Friedenswirtschaft nicht die Beachtung findet bei den Stellen, an die sie gerichtet ist, die ihr gebührt. Insbesondere ist es nicht zu umgehen, eine starke Vertretung der Arbeiterschaft aller Zweige zu fakultativer Mitarbeit an die amtlichen Stellen zu berufen, die für die Überleitung in die Friedenswirtschaft von ausschlaggebender Bedeutung sind.

### „Vereinigung tariffreier Druckereien“

Der im „Korr.“ Nr. 82 und 83 schon charakterisierte grobe Anflug mit dem „Arbeitsnachweise für nichtorganisierte kriegsbeschädigte Gehilfen im Buchdruckgewerbe“ entpfingt einem andern groben Anfluge, nämlich einer neuen Prinzipalorganisation, die sich unter der Firma „Vereinigung tariffreier Druckereien“ gebildet und in Duisburg-Meiderich ihren „Sitz“ hat. Vorsitzender ist der Arbeitsnachweiser für nichtorganisierte kriegsbeschädigte Gehilfen, der tariffreie Prinzipal Johannes Graßmann dabeist. Dieser Herr war schon einmal aus der Tarifgemeinschaft ausgeschlossen, und wird es bald wieder sein, denn solche Kunststücke sind unvereinbar mit Tarifreue.

Unter dem 10. Mai 1917 schon gelangte nachfolgendes Rundschreiben zur Verfertigung:

### Arbeitsnachweis für nichtorganisierte kriegsbeschädigte Gehilfen im Buchdruckgewerbe.

Wir teilen Ihnen hierdurch mit, daß wir einen Arbeitsnachweis für nichtorganisierte kriegsbeschädigte Gehilfen und für Gehilfen beschließen haben.

Der Arbeitsnachweis soll die Nichtorganisierten umfassen, weil diese von dem bestehenden Arbeitsnachweise so gut wie ausgeschlossen sind. Dieser Arbeitsnachweis ist in Wirklichkeit nicht paritätisch, sondern vollständig unter die Kontrolle der „Freien Gewerkschaft Deutscher Buchdrucker“ gestellt, und Nichtorganisierte werden, wenn sie sich dort melden, entweder in die Organisation gezwungen oder erhalten keine Stellung, oder sie werden in solche Buchdruckereien gestellt, wo sie den schlimmsten Befestigungen ausgesetzt sind.

Unser Arbeitsnachweis soll zunächst den aus dem Felde heimkehrenden nichtorganisierten Kriegsbeschädigten Arbeit und Heim verschaffen. Dieses soll unsere erste vaterländische Pflicht sein. Aber die Einrichtung soll eine dauernde bleiben. Wir vermitteln nur für solche Druckereien, welche entweder nur mit Nichtorganisierten arbeiten oder welche mindestens uns die schriftliche Bürgschaft geben, daß bei ihnen die Nichtorganisierten geschäftlich und nicht durch Schikane in den Verband hineingetrieben werden.

Wir bitten Sie, zunächst beifolgenden Bürgerschaftschein zu unterzeichnen.

Wenn Sie Jhreits von unserer Einrichtung Gebrauch machen wollen, so bitten wir Sie, uns die Namen aller Ihrer nichtorganisierten Gehilfen und Gehilfinen, welche Sie zur Zeit besitzen, mitzuteilen, damit wir sie in unsern Listen dauernd führen können.

Die Kosten unserer Einrichtung sind ziemlich beträchtlich. Wir bitten deshalb, uns für jede Vermittlung einer Arbeitskraft 10 Mk. Gebühren entrichten zu wollen. Wenn Sie bedenken, daß Ihnen jeder Gehilfe jährlich 2000 Mk. kostet, so wird es für Sie kein Opfer sein, wenn Sie für eine gute Sache auch einmal 10 Mk. Unkosten zu tragen haben. Sie wollen bedenken, daß, wenn unsere Einrichtung gut läuft, Sie auch stets der Hof eines Personalmanagers entzogen ist.

Bis jetzt verhält sich die Regierung dieser Notwendigkeit gegenüber manchmal noch recht ablehnend. Im Ausschusse für Handel und Industrie hielt z. B. am 6. Juli Reichskommissar Schamer einen Vortrag, in dem er bemerkte, daß dem Beirat für die Übergangswirtschaft sieben Arbeitervertreter aller Organisationsrichtungen angehören. Da dieser Beirat aus 370 Mitgliedern besteht, wäre die Zahl der Arbeitervertreter einfach zu gering. Das betonte auch der Abgeordnete Fiedel (Soz.), obendrein werde der Beirat wenig in die Lage kommen, etwas zu leisten. Deshalb forderte er Heranziehung von Arbeitervertretern in die für die einzelnen Industrien zu bildenden Selbstverwaltungskörper, dort wären sie mehr von Nutzen. In Österreich sei schon die Arbeiterschaft in allen Kommissionen vertreten. Der Reichskommissar lehnte jedoch die Zuziehung von Arbeitervertretern in diese Selbstverwaltungskörper ab, da sie dort wenig Positives leisten könnten. Das ist jedoch noch sehr die Frage. Daß ein national-liberaler Abgeordneter dieser Auffassung beifolgt, belagt für ihre Richtigkeit gar nichts. Die Frage ist damit keineswegs abgefallen, sie wird vielmehr durch die Eingabe der Gewerkschaften besser in Fluß gebracht werden. Es ist damit eine dankenswerte Arbeit geleistet, die den Interessen der Arbeiterschaft ebenso vielfältig wie zutreffend gerecht wird.

-k-

□ □ □ □ Vom Hilfsdienst □ □ □ □

**Wochenhilfe für Ehefrauen Hilfsdienstpflichtiger.**  
Mit Wirkung vom 6. Juli 1917 ab ist nun auch die Wochenhilfe auf die Wöchnerinnen solcher Hilfsdienstpflichtigen ausgedehnt worden, die im Sinne des § 1 des Hilfsdienstgesetzes eine Beschäftigung ausüben und im letzten Jahre vor der Niederkunft der Ehefrau mindestens sechs Monate ausgeübt haben, deren wirtschaftliche Lage sich infolge der Beschäftigung im Hilfsdienste verschlechtert hat, und wo ein Bedürfnis für die Beihilfe besteht. Die Wochenhilfe ist auch für das uneheliche Kind eines solchen Hilfsdienstpflichtigen zu leisten, wenn die Verpflichtung des Vaters zur Gewährung des Unterhalts an das Kind festgestellt ist. Ein Bedürfnis für die Beihilfe wird nicht angenommen, wenn 1. bei verheirateten Wöchnerinnen das Jahreseinkommen des Ehepaars den Betrag von 2500 Mark übersteigt, 2. bei unverheirateten Wöchnerinnen, wenn ihr Jahreseinkommen 1500 Mk., und für jedes schon vorhandene Kind unter 15 Jahren weitere 250 Mk., zusammen aber 2500 Mk. übersteigt, oder wenn das Einkommen des im Hilfsdienste beschäftigten unehelichen Vaters höher als 2500 Mk. ist.

Hamburg. M. Gildenberg.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

**Deggendorf.** In der Versammlung am 14. Juli berichtete Kollege Stirner über das in Passau von ihm gebührte Referat unseres Gauvorsitzers Geiz: „Die gegenwärtige Lage und die Gauvorsitzerkonferenz“. Wir hier waren infolge örtlicher Verhältnisse verhindert, der Versammlung in Passau beizuwohnen. Kollege Stirner erbat mit seinen Ausführungen den Dank der zahlreich erschienenen.

**Dresden.** (Generalversammlung am 12. Juli.) Zu dem vorliegenden Berichte gab Kollege Steinbrück einen klaren Überblick über die Wirkung des Krieges auf unser gesamtes Massenwesen während der dreijährigen Kriegsdauer. Am Jahresabschluss von 1914 habe sich gezeigt, daß die ersten fünf Kriegsmomente wie auf einen Ruck starke Vermögensrückgänge gezeigt hätten. Aber die immer zahlreicheren Einberufungen zum Seeresdienste haben dann die Sachlage geändert. Das Zurückgehen der Arbeitslosigkeit bilde für die Verbandskasse eine günstige Begleitscheinung der Seereseneinberufungen. Auch bei der Gaukasse sei dies in bescheidenem Maße insofern der Fall, als der weitere Kriegsverlauf den Vermögensrückgang von rund 14.000 Mk. nicht erweitert habe. Von ganz anderer Wirkung aber sei der Druck, den der Krieg auf den Dresdener Buchdruckerverein ausübte. „Hier bestehe neben der Verminderung der Beitragsentnahme eine Steigerung der Unterstützungsausgaben. Invalidenzulohn, Witwenunterstützung und Erziehungsbeihilfe, ein solches Mißverhältnis habe keine Kasse auf die Dauer aus. Der Vermögensrückgang betrage bei dieser Kasse bis zum Schluß von 1916 rund 26.500 Mk. Der Vorstand habe bisher mehr Wert auf die Schonung der Steuerkraft der Mitglieder als auf die der Kassenvermögen gelegt, weil doch letzten Endes die Notverhältnisse für die Zeiten schwerer Krisen angeammelt worden seien; aber eine solche Krisis dürfe nicht von so langer Dauer sein wie dieser schwere Krieg. Der Vorstand könne daher diesen Standpunkt nicht länger aufrechterhalten, und es müsse jeder weitere Vermögensrückgang durch Steuererhöhung verhindert werden. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurde der große Papiermangel als schwere Schädigung unseres Berufs sowie der gesamten Arbeiterinteressen bezeichnet. Von der Neugestaltung der Reichsleitung wurde schnelle Abhilfe erwartet. — Anschließend fand die Generalversammlung des Dresdener Buchdruckervereins statt. Auch hier ergänzte Kollege Steinbrück den gedruckten Bericht in eingehender Weise. Der Geschäftsbericht fand gegen eine Stimme Genehmigung. Zu Punkt 2 der Tagesordnung lag folgender Antrag des Vorstandes vor: „§ 1 Zeile 1 der Unterstützungsbestimmungen soll lauten: Mitglieder, die aus der Kasse des Verbandes die Invalidenunterstützung erhalten und mindestens 250 Wochenbeiträge zur Kasse des Dresdener Buchdruckervereins geleistet haben usw. Als Absatz 3 ist hinzuzufügen: Beide Zuschüsse enden mit der Invalidenunterstützung des Verbandes.“ Derselbe wurde einstimmig angenommen. Zu Punkt 3 beantragte der Vorstand eine Steuererhöhung von 35 auf 50 Pf. Die Debatte zeitigte Stimmen für und gegen. Ein Antrag des Kollegen Greue auf eine um 10 Pf. höhere Steuererhöhung wurde abgelehnt, schließlich fand der Vorstandsantrag einstimmige Annahme. Der Vorstand wurde in seiner jetzigen Zusammensetzung einstimmig wiedergewählt. Die Graphische Vereinigung erhielt 100 Mk. Zuschuß für 1917 bewilligt. Das Andenken der Verstorbenen von 1916 ehrten die Anwesenden in üblicher Weise.

**Dresden.** (Maschinenmeister.) Das Vereinsleben litt in diesem Jahre bisher stark durch die Ineresselosigkeit eines Teiles der Mitglieder. Der Vortrag: „Die graphischen Farben, ihre Entstehung und Verwendung“, gehalten vom Kollegen Freitag in der Januarversammlung, fand den Beifall der etwas zahlreicher Anwesenden. Für das zur Verfügung gestellte reichliche Anschauungsmaterial sei an dieser Stelle der Steinberg-Hofmannschen Farbenfabrik gedankt. — Der Aufforderung, die Vorträge der Berufsgenossenschaft zahlreich zu besuchen, konnten die Kollegen schon im Interesse ihrer Gesundheit nicht Folge

leisten. Inerernährung und grimmige Kälte auch in den Bruderräumen ermunterten nicht zum Ausbleiben in einem ungeheizten Saale. Die gewöhnliche Zeit war ungenügend, was wir im Interesse der Sache bedauern. — In der Aprilversammlung waren die Geistesprüfungsarbeiten ausgeführt, wozu Kollege Freitag unter Berücksichtigung der Kriegseinwirkungen kurze Ausführungen machte. — An Stelle der Versammlung fand am 10. Juni eine Frühpartie statt. Auch diese gesellige Veranstaltung rückte die Schwänzer nicht auf. — Die „Mitteilungen“ Nr. 1 der neugewählten Zentralkommission fanden in der Juliversammlung eingehende Besprechung. Mit der Tätigkeit war man über der jetzigen Zeit einverstanden. Der Rechenbericht der letzten Zeit jedoch zu lebhafter Kritik Anlaß. Befanden sich doch unter den Restanten größere Beträge, wo eine Beitragszurückweisung vermutet wird. Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß die Zentralkommission unter Hinweis auf die Konsequenzen die restierenden Beträge auf Rechte und Pflichten aufmerksam machen müsse, um bei kommenden Friedensarbeiten nicht die Beträge die Kosten tragen zu lassen, die ihren selbstverständlichen Verpflichtungen während der Kriegszeit nachgekommen sind. Im übrigen wurde der neuen Zentralkommission volle Unterstützung zugesichert. (Dieser Halbjahresbericht ist zwar erfreulich kurz, aber wir erlauben trotzdem, die schon vor längerer Zeit mitgeteilte Abschaffung der Halbjahrsberichte zu beachten und dafür vierteljährlich zu berichten. Die Länge der meisten Halbjahrsberichte hat uns dazu gezwungen, und die Dresdener Maschinenmeisterkollegen werden deshalb mit der gleichen Behandlung einverstanden sein. Red.)

**T. Krefeld.** Die Monatsversammlung vom 14. Juli war wieder schwach besucht. Der Vorsitzende tadelte die Laubheit der lebenden Kollegen mit scharfen Worten und mahnte dringend daran, wie notwendig es sei, wenigstens monatlich einmal seiner gewerkschaftlichen Pflicht nachzukommen. Zwei Neuaufnahmen fanden statt. Infolge finanzieller Schwierigkeiten werden wohl bald die Beiträge für das Gewerkschaftskartell erhöht werden müssen. Beim Kartell ist ein Antrag gestellt worden, dafür zu wirken, daß Krefeld in eine höhere Gewerkschaft aufgenommen wird. Die noch schwebenden tariflichen Mißstimmigkeiten bei zwei hiesigen größeren Offizinen sind nunmehr auf friedlich-schiedlichem Wege zugunsten unserer Kollegen entschieden und die Entschiede von den betreffenden Firmen anerkannt worden. Einige Unklarheiten sollen auf demselben Wege noch geregelt werden, so daß dann zu beiderseitiger Zufriedenheit endlich das tarifliche Gleichgewicht hergestellt sein dürfte.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

**Von Buchdruckern im Kriege.** Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielt Kollege Friedrich Schiedinger (Ludwigsburg) als lebensunabhängiges das Eisene Kreuz I. Klasse. Die Auszeichnung II. Klasse erhielten: Oswald Meder (Ausburg), S. Gruner und Rudolf Sucker (Brieg), Adolf Schlegel (Gungenhäufen), Hans Gerl und Gottlieb Kleinbeck (Karlsruhe), Johannes Hennig (Königsberg i. Pr.), Otto Malche (Leipzig), Julius Lorch und Otto Wolff (Aostof) sowie Lorenz Friedrich (Schweinfurt). Damit haben bis jetzt 3821 Verbandskollegen diese hohen militärischen Auszeichnungen erhalten.

**Für kriegsbeschädigte Buchdrucker.** Ein kriegsbeschädigter Seher, mit dem Kalkulationswesen auf vertraut, kann in einer Berliner Verlagsbuchhandlung Stellung finden zur Prüfung der Buchdrucker- und Buchbinderrechnungen. Meldungen sind an das Tarifamt, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, zu richten.

**Johannisfeiern im Felde.** Zu der schon vor einiger Zeit erwähnten Feier eines Johannistages feldgrauer Buchdrucker in Offende gesellten sich neuerdings gleichmachende Druckfächer aus Nordbrank und nähere Mitteilungen über eine größere Veranstaltung zum Namensfest ihres Altheimers, arrangiert von den Feldgrauen der Armeedruckerei 2. Diese aus allen Richtungen der Windrose zusammengewürfelten Schwarzhäutler gaben sich am 24. Juni ein Stelldichein. Nicht eigentlich um zu feiern, kam man zusammen. Es galt vielmehr, eine schlichte Erinnerung an Vergangenes lebendig werden zu lassen, alle Bilder kollegialen Zusammenlebens aufzufrischen, aus dem Johannistag der Heimat das Ursprüngliche festzuhalten und im Gedenken an frühere, ad so schöne Zeiten dem schon bald Vergessenen anzupassen. Der Versuch, die Härte der Zeit, die seelenzerstörernde Tragik dieses Krieges in friedliche Klänge umzumünzen, gelang vortrefflich. Durch der Seiten seelenvolles Spiel und aus der Instrumente bester, der Menschenbrust, klang die Erinnerung an die Heimegebliebenen, an Frau und Kind sowie an die Kollegenschaft in der Heimat. Aber auch der Humor kam zu seinem vollen Recht. Allen, die sie miterleben, werden diese Kriegs-Johannisfeiern unvergesslich bleiben. Möge ihnen bald der Friede folgen!

**Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerfänger.** Eine Eingabe der Mitgliedschaft Fürtch i. B. an den dortigen Stadtmagistrat um Jubilierung der Schwerarbeiterzulagen für die Buchdruckergehilfen blieb leider erfolglos. Lediglich den Stereotypen, den Steindruckern und den Buchdruckerlehrlingen wurde die Schwerarbeiterzulage zugesprochen. Von Logik und Konsequenz zeugt dieser Beschluß der Fürtcher Stadtväter nicht, denn abgesehen von den Stereotypen und Steindruckern mußte das, was den Buchdruckerlehrlingen recht ist, den Buchdruckergehilfen ebenfalls recht sein.

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht

**Fürorgelstellen zur Bekämpfung der Tuberkulose.**  
In einem Rundschreiben des Reichshauptamts nebst entsprechenden Zeitschriften an die außerpreussischen Bundesregierungen und den Statthalter von Elsaß-Lothringen wird der weitere Ausbau des Fürorgelstellenwesens zur Bekämpfung der Tuberkulose gewünscht. Dazu wird u. a. begründend ausgeführt, daß die lange Dauer des Krieges und die damit verbundenen Schädlichkeiten, wie Anstrengungen und Aufregungen, unzureichende Nahrung, schlechtere Wohnungsverhältnisse und verminderte gesundheitliche Fürsorge, die Gefahr einer neuen Ausbreitung der in angestrengter Arbeit so vieler Jahre mißsam zurückgebliebenen Tuberkulose mit sich bringe. Dieser Gefahr könne nur durch einen beschleunigten Ausbau der Fürorgelstellen für Lungentranke, von denen bis jetzt einschließlich der Hilfsstellen rund 2000 im Deutschen Reich vorhanden sind, begegnet werden.

Sein Anspruch auf Hausgeld bei Beobachtung im Krankenhaus.

Ein Arbeiter hatte bei der zuständigen Landesversicherungsanstalt den Antrag auf Übernahme des Heilverfahrens gestellt. Zu diesem Zwecke ließ die Versicherungsanstalt den Antragsteller vom 6. bis 17. Dezember in einem Krankenhaus beobachten. Der mit der Beobachtung betraute Arzt sprach sich dahin aus, daß bei Ablehnung des Heilverfahrens Invalidität nicht zu besorgen sei. Daraufhin wurde die Übernahme des Heilverfahrens abgelehnt. Da ein Heilverfahren nicht eingeleitet worden, lehnte sowohl die zuständige Krankenkasse wie auch die Landesversicherungsanstalt die Gewährung des Hausgeldes für die tragliche Zeit ab. Diese Ablehnung wurde nach einer gründlichen Entscheidung des Reichsversicherungsamts vom 17. April 1917 für berechtigt erklärt und begründet dazu ausgeführt, daß in solchen Fällen aus Billigkeitsgründen lediglich bei Wohnausfall eine Erstattungsleistung geboten sei. In solchen Fällen pflege aber auch das Reichsversicherungsamt als Rekursgericht bei der Erstattung der Kosten der Beobachtung eines Krankenbewerbers in einem Krankenhaus ein Fünftel bis ein Viertel des entgangenen Lohnes unter Berücksichtigung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Versicherten von dem ihm zu erfassenden Arbeitsverdienst abzuziehen.

Anlegung des Vermögens der Landesversicherungsanstalten für gemeinnützige Zwecke.

Nach einer Veröffentlichung in den „Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts“ beließen sich die gesamten Darlehen für gemeinnützige Zwecke bis zum Ende des Jahres 1916 auf 1342,9 Mill. Mk. Für den Bau von Arbeiterwohnungen sind im ganzen 566,6 Mill. Mk., gegen 558,9 Mill. Mk. am Schluß des Vorjahres, ausgeteilt worden. Von den 566,6 Mill. Mk. fallen auf den Bau von Arbeiterfamilienwohnungen 538,4 Mill. Mk. und auf den Bau von Ledigenheimen (Solpizen, Herbergen, Gesellenhäusern usw.) 28,2 Mill. Mk. Die von 26 Landesversicherungsanstalten und vier Sonderanstalten an Berkshire hergegebenen Darlehen zum Wohnungsbau betragen jetzt 101,2 Mill., gegen 100,6 Mill. Mk. Ende 1915.

Für sonstige Wohnzwecke sind im Jahre 1916, u. a. an Darlehen zur Verringerung der Kriegsnot, insgesamt 4941252 Mk. zu Zinssätzen von 3 bis 5 1/2 Proz. ausgeteilt worden. Diese Darlehen dienen hauptsächlich zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zur Unterstützung von Arbeitslosen und Angehörigen von Kriegsteilnehmern, zur Förderung gesundheitlicher Maßnahmen und zur Deckung der Ausgaben einzelner Krankenkassen für die Kriegswochenhilfe.

Hamburg. M. Gildenberg.



**Ferien!** Die Anfang dieses Jahres gegründete Stef-  
fner Druckerei, G. m. b. H. (Verlag der „Differenzzeitung“)  
in Steffin gewährt ihrem Gesamtpersonal drei Tage  
Ferien. Die Beibringe erhalten acht Tage.

**Hermann Smalian †.** Wie wir aus der jüngsten  
Nummer der „Zeitschrift“ ersehen, ist am 8. Juli schon in  
Berlin dieser bekannte Fachschriftsteller nach kurzem  
Krankenlager im 78. Lebensjahre verstorben. Nach Theodor  
Goebel, dem 1916 hochbetagte Dabingegangen, sind nun  
mit Smalian die viele Jahrgänge hindurch für die deutsche  
Fachliteratur sehr produktiv tätigen Schriftsteller aus-  
gestorben. Smalian ging schon Ende der sechziger Jahre  
zur Schriftgelehrer über. Diese ist denn auch kein Spezial-  
gebiet gewesen. Um die Einführung eines einheitlichen  
Schriftzeichens und einer gleichen Schriftgröße war er schrift-  
stellerisch wie praktisch verdienstvoll tätig. Smalian ge-  
hörte in den sechziger Jahren zu den organisatorisch regsten  
Mitgliedern des Verbandes und wurde auch in die Stän-  
de-Kommission (Verbandsvorstand) gewählt, nachdem der  
Sitz von Berlin nach Leipzig verlegt war. Auf dem zweiten  
Buchdruckerkongress (Berlin 1868) war er unter den Ver-  
sprechern eines entscheidenden Vorgehens gegen die Sonn-  
tagsarbeit zu finden. In der Berliner Tarifkommission  
entfaltete Smalian eine rühmliche Tätigkeit. Am dem nach  
einjähriger Vorarbeit Mitte Juli 1868 zustande gekom-  
menen Tarife für Berlin hatte er den Hauptanteil. Die  
Berliner Tarifkommission gab eine Begründung für den  
dabei von ihr eingenommenen Standpunkt, der darauf  
beruhte, „nicht lokal, sondern universell zu denken“. In  
der Verbandsgelehrte ist auf Seite 339/340 diese sehr be-  
achtenswerte Stellungnahme ausführlicher geschildert. Sie  
wurde nicht lange beibehalten, mit 1876 trat schon ein  
völliger Umschwung ein. Smalian war ehemals auch eifriger  
und einer der besten Mitarbeiter am „Korr.“. Nach seinem  
Berufswechsel gab er die organisatorische Tätigkeit auf und  
trat wohl bald danach aus dem Verband. Im Gegen-  
satz zu Goebel ist er aber nicht gegen unsre Organisation  
aufgetreten.

**Georg Diehl †.** Am 17. Juli verstarb in Frank-  
furt a. M. der Vorsitzende des Zentralverbandes der Dach-  
decker Deutschlands, Georg Diehl. Er hat länger als ein  
Menschenalter für seine Berufsorganisation gewirkt, darunter  
20 Jahre als ihr erster Vorsitzender. Auch in der all-  
gemeinen Arbeiterbewegung genoss Diehl allseitiges Ver-  
trauen; er war Stadtvorordner in Frankfurt a. M.,  
zweiter Vorsitzender der Driskrankenkasse und Mitglied  
des Bezirksvorstandes für Hessen-Nassau. Die deutsche  
Gewerkschaftsbewegung verlor an Diehl einen tüchtigen,  
ruhigen und besonnenen Vorkämpfer, dem ein ehrendes  
Andenken in der Arbeiterbewegung gesichert ist.

**Löhne der Kriegsgefangenen in Deutschland.** Auf  
eine sich auf irrtümliche Angaben stützende Anfrage im Reichs-  
tag wurde von der Reichsregierung folgende Antwort  
gegeben: „Für die im Handwerk, Gewerbe, Bergbau und  
in der Industrie arbeitenden Kriegsgefangenen ist nach  
den von dem preussischen Kriegsminister aufgestellten Grund-  
sätzen für den Kopf und Arbeitstag eine Vergütung zu  
zahlen, die der Höhe des Tagesverdienstes eines freien  
Arbeiters im gleichen Betrieb und unter gleichen Verhält-  
nissen entspricht. Niedrigere Löhne als die der deutschen  
Arbeiter in derartigen Betrieben können für Kriegs-  
gefangene nicht festgesetzt werden, da in diesem Falle die  
Kriegsgefangenen den deutschen Arbeitern gegenüber als  
Lohnrücker auftreten würden. Wenn in besonderen Fällen  
durch die Lohnfestsetzung eine zu starke Belastung des Ar-  
beitgebers eintritt, so sind die stellvertretenden Generals-  
kommandos ermächtigt, andere, der Billigkeit entsprechende  
Festsetzungen zu treffen, was insbesondere auch für kleine  
Handwerks- und Gewerbebetriebe gilt. Für die den  
Handwerksbetrieben als ungelernete Arbeiter überwiesenen  
Kriegsgefangenen wird auch nach längerer Tätigkeit in  
den betreffenden Betrieben keine Bezahlung für geleistete  
Arbeit gefordert. Diese wird grundsätzlich nur für solche  
Kriegsgefangenen verlangt, die von vornherein als ge-  
lernete Arbeiter überwiesen sind, handwerksmäßige Fertigkeit  
besitzen und entsprechende Leistungen gewährleisten.“  
Auf die Beachtung vorstehender Grundzüge sind alle be-  
teiligten Dienststellen erneut hingewiesen worden.

**Steigerung der Bücherpreise.** Infolge der Schwierig-  
keiten bei der Herstellung von Papier durch die Kohlen-  
not und den Mangel an bestimmten Rohstoffen sind die  
Preise für das zum Buchdruck verwendete Papier er-  
heblich gestiegen, auch die sonstigen Kosten des Buch-  
drucks haben sich ansehnlich verteuert. Es stellt sich nach  
Verkaufungen aus Buchhändlerkreisen eine beträchtliche  
Steigerung der Bücherpreise bevor.

**Vertretung deutscher Interessen im Auslande.** Die  
Vertretung der deutschen Interessen im Auslande kann  
nach den Kriegserfahrungen nicht gerade eine glückliche  
genannt werden. Jetzt scheint man größeren Nachdruck  
auf dieses Gebiet legen zu wollen. Die militärische Stelle  
des Auswärtigen Amtes in Berlin, die ein Organ der  
Obersten Seeresleitung ist und durch informatorische  
Schiffen, Missive und Vorträge die deutschen Interessen  
im neutralen Auslande vertritt, hat großen Bedarf an  
nicht kv. Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften,  
die Redakteure, Schriftsteller oder militärische Schriftsteller  
sind. Zu diesem Zwecke sollen von den Truppenteilen  
Leute dieser Berufe namhaft gemacht werden; auch können  
ferdgewandte Journalisten in der Garnison während ihrer  
dienstfreien Zeit und gegen Entgelt nach Anweisung der  
genannten militärischen Stelle Artikel und Broschüren ver-  
fassen. Wir verhehnen absolut nicht die Notwendigkeit,  
im Auslande die Auffassungen über deutsche Interessen zu  
klären, und wir wissen, daß in dieser Beziehung der Presse  
und dem gedruckten Wort eine beispiellose Kraft inne-  
wohnt. Eine Interessenvertretung in einseitigem, amtlichem

oder gar militärischem Sinn aber ist unsres Erachtens nicht  
das Richtige; ja es ist vor einer Massenfabrikation in  
dieser Hinsicht, nicht nur der Papierknappheit halber, nur  
zu warnen. Weit besser ist es, durch geeignete Maß-  
nahmen dem Schandale der Papiernot ein Ende zu machen,  
gegen die der nun wieder auseinandergegangene Reichs-  
tag das gebotene schärfere Aufsehen leider hat vermissen  
lassen, damit die in wirklichem Sinne für die Lösung der  
bedenklichen innerpolitischen und Weltfriedensprobleme  
tätige deutsche Presse uneingeschränkt in der Lage ist, auch  
im Auslande für die Hebung des Vertrauens und im  
Interesse der Wiederannäherung zu wirken.

**Institut für Zeitungskunde.** An der Universität  
Leipzig ist bekanntlich ein Institut errichtet worden, das  
den Zweck verfolgt, die wissenschaftliche Durchbildung der  
Zeitungskunde zu fördern und den Studierenden, welche  
sich berufsmäßig dem Dienste der Tagespresse widmen  
wollen, diejenigen Kenntnisse zu vermitteln, welche ihnen  
den Übergang in die Praxis erleichtern und sie zur rich-  
tigen Aufassung ihrer künftigen Aufgaben anleiten können.  
Dem neuen Institut für Zeitungskunde wurden verschiedene  
Sammlungen und eine Fachbibliothek angegliedert. Nach  
dem uns vorliegenden Studienplane bedarf derjenige, der  
sich der Journalistik als Lebensberuf widmen will, eines  
mindestens dreijährigen Hochschulstudiums, dessen Haupt-  
fächer der philosophischen Fakultät angehören. Je nach  
der einzuschlagenden Richtung gliedert sich das Studium  
in ein solches für politische Journalistik, in ein anderes für  
Sonderjournalistik und in ein drittes für die journalisti-  
sche Richtung. Für die Aufnahme in das Institut gilt  
als Voraussetzung, daß der Aufzunehmende als Studie-  
render oder mindestens als Hörer an der Universität Leipzig  
angeführt und imstande ist, seine Beschäftigung mit den  
in Studienplane namhaft gemachten Fächern nachzuweisen.  
Jedes Mitglied hat einen Semesterbeitrag von 6 Mk. zu  
entrichten. Durch die von der Leipziger Universität für  
die berufsmäßige Ausbildung von Journalisten getroffenen  
Einrichtungen behandelte sie, daß sie dem Zeitungsbetrieb  
die gleiche Bedeutung beilegt wie andern wissenschaftlichen  
Berufen. Denen, welche den Redakteurberuf zu ergreifen  
gedenken, sollen Umwege in ihren Studien, Zeitverluste  
und unsicheres Umherfahren erspart bleiben, und anderseits  
wird das Institut für Zeitungskunde die Mittel zur Er-  
zielung eines Journalistenstandes bieten, der in wissen-  
schaftlicher, technischer und künstlerischer Hinsicht den großen  
Aufgaben gewachsen ist, welche der heutigen Tagespresse  
auffallen.

**Gewässige Lebensmittelmärkte.** Zwei in einer Mül-  
heimer Buchdruckerei beschäftigte Schriftsetzer hatten eine  
Geheimdruckerei von Kontrollabschnitten für Karthoffel-  
und Brotkarten eingerichtet. Die Duisburger Strafammer  
hatte nunmehr darüber zu entscheiden, ob der Kontroll-  
abschnitt für sich allein eine Urkunde darstelle oder nur in  
Verbindung mit den dazu gehörigen Hauptkarten. Das  
Gericht sah die Kontrollabschnitte als eine Urkunde im  
Sinne des Gesetzes an und hielt die Strafe des Schöffens-  
gerichts von vier und sechs Monaten für angebracht.

**Zu den Mietssteigerungen.** Der Deutsche Wohnungs-  
auschuss teilt mit, daß außer den schon erwähnten Städten  
im Artikel von Nr. 81 aus Allona, Bausen, Dortmund, Er-  
furt, Grandens, Hamburg, Merseburg, Pforzheim, Rostau,  
Suhl, Wankenscheid über planmäßig beschlossene oder be-  
vorstehende allgemeine Mietssteigerungen wie über eine  
besondere Notlage der Mieter berichtet wird. Nach einer  
Erwähnung der bisher dagegen unternommenen Schritte  
sagt der Wohnungsausschuss: „Trotzdem die ganze An-  
gelegenheit also schon eine ziemlich breite Ausdehnung ge-  
wonnen hat, ist sie aber anscheinend in ihrer grundsätz-  
lichen Bedeutung noch nicht richtig gewürdigt worden.  
Offenbar stehen wir nämlich erst am Anfang der Miets-  
steigerungen, weitere und umfassendere Steigerungen sind  
zu befürchten. Eine solche Entwicklung hätte aber etwas  
ungemein Erntes, sowohl für die Zeit im Kriege wie  
auch für die Zeit nachher, zumal die Mietssteigerungen in  
vielen Fällen auf eine unverdientliche Bereicherung der Haus-  
besitzer hinauslaufen. Hier den richtigen Ausgleich zu  
finden, ist eine ebenso verwickelte wie bedeutungsvolle  
soziale Aufgabe, deren Lösung auf die Dauer aber wohl  
kaum durch Genehmigungspläne und Verbote allein wird  
erfolgen können, sondern zu der es vor allem auch großer  
positiver Maßregeln der Wohnungspolitik bedürfen wird.“  
Wir verweisen dazu auf unsre in Nr. 81 ausgesprochenen  
Ansichten.

**Gegen Mietssteigerungen.** Zur Frage der Miets-  
steigerungen, die an Hand von Vorgängen in verschiedenen  
Städten auch von uns kritisch beleuchtet wurde, liegt  
wiederum neues Material vor, das verdient registriert zu  
werden. Auf Grund einer Anordnung des Komman-  
danten von Danzig, der dem Mietswucher als erster  
energisch zu Leibe ging, sind sämtliche Kündigungen, die  
die Danziger Hausbesitzer am 1. Juli d. S. ausgesprochen,  
für nichtig erklärt worden. Die Kündigung von Woh-  
nungen ist dort fortan nur mit Genehmigung der Kom-  
mandantur gestattet. Diese Anordnung hat rückwirkende  
Kraft. Inzwischen sind nun die Berliner Hausagrarer  
auf dem Plan erschienen, die in Sachen der Mietssteiger-  
ung eine ausführlich begründete Eingabe an den Reichs-  
kanzler und den Staatssekretär des Innern richteten, in  
der es u. a. heißt: „Wir erlauben uns ergeben, darauf  
hinzuweisen, daß ein etwaiges wahlloses Verbot der  
Steigerung von Mieten einen großen Teil des Haus-  
besitzes einfach zugrunde richten würde. Der Bund, als  
die berufene Interessenvertretung des Berliner Hausbesitzes,  
hat keine allgemeine Mietssteigerung beschlossen. Dies  
haben vielmehr lediglich auf eigene Faust hin einzelne klei-  
nere Vereine getan. Aber auch sie haben von einer Er-  
höhung der Mieten der bedürftigen Kriegsfamilien ab-

gesehen. Eine Mietssteigerung von 10 bis 15 Proz. bei  
Kleinwohnungshäusern muß mit Rücksicht auf die ver-  
mehrten Kosten, Ausgaben und Ausfällen an Mieten usw.  
als eine durchaus berechtigte und gerechte Forderung der  
Hausbesitzer angesehen werden, wodurch die diesen Mehr-  
kosten nicht gebodet werden. Es liegt ein Interesse vor,  
den im Hausbesitz investierten gewaltigen Teil des deut-  
schen Nationalvermögens zu schützen.“ Man kann ge-  
spannt darauf sein, welche Mittel und Wege der Bundes-  
rat vorschlagen wird, um die minderbemittelte Bevölke-  
rung, die an und für sich schon doppelt schwer zu leiden  
hat unter den Nöten der Kriegszeit, vor der drohenden  
unerlichen Belastung ihrer Lebenshaltung zu schützen.

**Generalversammlung der „Volksfürsorge“.** Am  
26. Juni tagte im Sitzungssaal der Bergsgesellschaft  
deutscher Konsumvereine in Hamburg die vierte General-  
versammlung der „Volksfürsorge“. Es waren dabei 899000  
Mark Aktienkapital vertreten. Die Verhandlungen wurden  
eingeleitet mit einem tiefempfindenden Nachruf für Adolf  
v. Elm, der für die gewerkschaftlich-gesellschaftliche Volks-  
versicherungsgesellschaft auf gemeinnütziger Grundlage Vor-  
tragendes geleistet hat. Beim Geschäftsbericht des Vor-  
standes und des Aufsichtsrats wurde durch den Bericht-  
erfasser hervorgehoben, daß es auch im abgelaufenen  
Geschäftsjahre, trotz der großen durch den Krieg bedingten  
Schwierigkeiten, der eifrigen Tätigkeit der Funktionäre  
der „Volksfürsorge“ gelungen sei, eine Steigerung der Zahl  
der Kapitalversicherungen, und infolgedessen der Höhe der  
Versicherungssumme zu erzielen. Bei den Kapitalversiche-  
rungen, die von 105103 im Jahre 1915 auf 123715 im  
Jahre 1916 anwachsen, zeige sich eine Steigerung von  
18612 Versicherungen. Bei den Sparversicherungen ist die  
Zahl um 1799 gestiegen. Der gesamte Versicherungs-  
bestand, der Ende 1915 171312 Versicherungen mit  
24473929 Mk. Versicherungssumme und Ende 1916 191736  
Versicherungen mit 28468029 Mk. Versicherungssumme  
betrug, stieg somit um 20424 Versicherungen mit 3994100  
Mark Versicherungssumme. Dadurch erhöhte sich die  
Prämieinnahme von 1924847,30 Mk. auf 2332435,15  
Mark und brachte somit im Jahre 1916 einen Mehrertrag  
von 407537,35 Mk. Die Zinseneinnahme, die von  
143934,02 Mk. auf 221838 Mk. stieg, brachte eine Steigerung  
von 72594 Mk. Naturgemäß stiegen bei der längeren  
Dauer der abgeschlossenen Versicherungen auch die Leistungen  
der Gesellschaft. Es waren im abgelaufenen Jahre  
128717,34 Mk., im Jahre 1915 90332,53 Mk., jedoch im  
Jahre 1916 38384,81 Mk. mehr an Versicherungsleistungen  
auszuzahlen. Trotz der erschwerten Organisationsfähigkeit  
konnte der Vorstand auch in diesem Jahre darauf ver-  
zichten, dem Organisationsfonds weitere Mittel zu ent-  
ziehen, der nach Kriegsabschluss für die Arbeiten des dann  
notwendigen Neuaufbaues dringend erforderlich sein wird.  
Von dem erzielten Überschusse von 217421,27 Mk. wurden  
zusammen 43484,24 Mk. dem Reservefonds, dem Organ-  
isationsfonds, dem Kriegserseverfonds und dem Fonds für  
besondere Reserven kalkulationsgemäß überwiesen. Den Aktio-  
nären wurden an Zinsen für das volleingezahlte Aktien-  
kapital 40000 Mk. und der Gewinnreserve der Versicherer  
7 Proz. der Jahresprämie der mit Gewinnbeteiligung Ver-  
sicherten, nämlich 126642,21 Mk., zugewiesen. 7294,82  
Mark wurden auf die neue Rechnung vorgezogen. Unter  
Berücksichtigung des nun seit drei Jahren wütenden  
Krieges ist die Entwicklung der „Volksfürsorge“ durchaus  
zufriedenstellend.

**Kosten der Lebenshaltung einer amerikanischen  
Arbeiterfamilie.** Nach angestellten amtlichen Berech-  
nungen stellen sich in Amerika die Kosten des Lebens-  
unterhaltes einer Familie von fünf Personen (Vater,  
Mutter und drei Kinder von 6 bis 13 Jahren) auf mindes-  
tens 980 Dollar (rund 4100 Mk.). Das ist eine Zunahme  
von 140 Doll. seit einem Jahre. Die Steigerung fällt auf  
das Konto der Nahrungsmittel, die in der Berechnung  
von 283,81 Doll. in 1916 auf 492,30 Doll. in 1917 ge-  
stiegen sind. Für die Wohnungsverhältnisse sind 111,7  
Personen auf jedes Zimmer gerechnet. Eine Fünferfamilie  
braucht danach vier Zimmer. Mietpreis pro Zimmer  
durchschnittlich 4 Doll. den Monat. Die Mieten sind heute  
gegenüber früher wegen Mangel an Einwohnern billiger  
geworden. Die Kleidung ist von jährlich 104,10 Doll. auf  
127,10 Doll., Heizung und Licht von früher 42,45 Doll.  
auf 46,75 Doll. gestiegen.

**Kriegsgewinnsteuer in England.** Dem englischen  
Voranschlag wohnete ein entseufreundlicher Bericht-  
erfasser der „Neuen Züricher Zeitung“ einen interessanten  
Artikel, in dem es u. a. heißt: Die Steuererhöhungen in  
diesem Budget betreffen den Tabak, die Luftfahrtssteuer  
und die außerordentlichen Kriegsgewinne, von denen der  
Staat 80 statt 60 Proz. erheben wird. Bis jetzt wurde  
keine neue Steuer eingeführt, und doch wird der Mehr-  
ertrag auf ungefähr 700 Mill. £. geschätzt. Immerhin  
hat der Schatzkanzler zum Schluß nicht verhehrt, daß es  
unmöglich wäre, solche Ausgaben ins Angemessene zu er-  
tragen; doch sei nicht weniger gewiß, daß der Sieg nicht  
durch Geldmangel verhindert würde, denn Großbritannien  
könne es länger aushalten als seine Gegner. Er fügte  
hinzu, daß die finanzielle Hilfe der Vereinigten Staaten  
von großer Bedeutung sei. Welch ein gewaltiger Unter-  
schied zwischen England und Deutschland drückt sich  
in dieser Mitteilung über Kriegsgewinnsteuern aus! Eng-  
land geht den Einheimern von Kriegsgewinnen rücksichts-  
los zu Leibe, indem es eine 80prozentige Kriegsgewinn-  
steuer von ihnen erhebt, Deutschland jedoch faßt die Kriegs-  
gewinnwucherer förmlich mit Glacéhandschuhen an und  
treibt eine lediglich den Aktionären schwer belastende  
Steuerpolitik, die die Anzuehmlichkeit nach und nach einen  
beängstigenden Höhepunkt erreichen läßt.

